

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 15. Dezember 1955

Blatt 2207

Geehrte Redaktion!

=====

Dienstag, den 20. Dezember, um 8.30 Uhr vormittag, wird der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller die bis dahin fertiggestellte Betonfahrbahn des Verkehrskreises auf dem Praterstern in Betrieb nehmen.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu dieser kleinen Feier zu entsenden.

- - -

Unsere Erfolge sind das Produkt der gemeinsamen Arbeit!

=====

## Die 70. Sitzung des Wiener Landtages seit 1945

15. Dezember (RK) Heute, um 11 Uhr vormittag, trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten Marek zu einer Sitzung zusammen. An und für sich eine Geschäftssitzung, da drei Gesetze auf der Tagesordnung stehen, herrschte doch zu Beginn eine besonders feierliche Stimmung, da der Wiener Landtag heute ein ganz besonderes Jubiläum feiert.

Zu Beginn der Sitzung stellte Präsident Marek fest, daß mit der heutigen Sitzung der Wiener Landtag auf eine zehnjährige Funktionsperiode zurückblicken kann. "Wenn wir das Dezennium unserer gesetzgeberischen Tätigkeit rückschauend überblicken,

./.



dann will ich nicht die Schrecken des Krieges und die Beendigung des Krieges innerhalb unserer Grenzen in Erinnerung bringen, sondern den denkwürdigen Tag der Konstituierung dieser Körperschaft. Auf Grund des Wahlergebnisses der ersten demokratischen Wahl vom 25. November 1945 versammelten sich am 13. Dezember 1945 die gewählten Mitglieder in diesem historischen Saal. Die Fenster waren zertrümmert und durch die provisorische Holzverschalung drang die kalte Winterluft ein. Die Mitglieder des Hohen Hauses, in abgetragener Kleidung und die Spuren des Hungers und der Kriegsnot im Gesicht, erfüllt aber vom Verantwortungsbewußtsein dem Volke zu dienen, blickten erwartungsvoll auf den Ältesten dieses Kollegiums, der nach parlamentarischem Brauch berufen war, die Sitzung zu eröffnen. Es war dies der angesehene Senior des Wiener Landtages, Leopold Kunschak, der später die Würde des österreichischen Parlaments als dessen Präsident repräsentierte. Um 17 Uhr 7 Minuten eröffnete der Abgeordnete Kunschak die erste Sitzung des Landtages von Wien mit folgenden Worten:

"Als ältestes Mitglied des Wiener Landtages habe ich die Ehre, Sie herzlichst zu begrüßen und die Sitzung des vom Stadtsenat einberufenen Gemeinderates als Landtag für eröffnet zu erklären, und zwar berufe ich mich dabei auf den Artikel III, § 16, des Verfassungs-Übergangsgesetzes 1945!"

Mit Argriffenheit hörten die Mitglieder des Hohen Landtages, zum ersten Male in der zweiten Republik, die Stimme jenes Demokraten, der als letzter in den Februartagen 1934, gleichfalls von dieser Stelle, ein Unglück abzuwehren versuchte, das wenige Tage später begann und durch elf Jahre den Zusammentritt dieser Körperschaft verhinderte.

Somit war die Rede des Abgeordneten Leopold Kunschak am 13. Dezember 1945 eine Brücke zwischen zwei demokratischen Zeitepochen. In dieser bewegten, von vielfältigen Gefahren umdüsterten Zeit war der zum Landeshauptmann und Bürgermeister gewählte General a.D. Theodor Körner die berufene Persönlichkeit, an die Spitze der Landes- und Stadtverwaltung zu treten und deren Arbeit mit seinem Geiste zu erfüllen. Es sei mir erlaubt, des damaligen Landeshauptmannes und heutigen Staatsoberhauptes dankbar zu gedenken und ihm die ehrerbietigsten Grüße zu entbieten.

Nach der erfolgten Angelobung der 100 Mitglieder des Hohen



Hauses wurden die Präsidenten gewählt. Der erste Präsident, Hofrat Neubauer, schied über eigenes Verlangen im Jahre 1949 aus dieser Körperschaft, die Vizepräsidenten, die Herren Abgeordneten Thaller und Bauer, haben kurze Zeit darauf die Funktionen Amtsführender Stadträte übernommen, die sie bis zum heutigen Tage ausüben.

Ich darf feststellen, daß von den 100 in der ersten Sitzung des Landtages angelobten Männern und Frauen 39 die Funktion eines Abgeordneten in den letzten zehn Jahren bis zur heutigen Sitzung ausüben. 61 Männer und Frauen sind ausgeschieden, zum Teil raffte sie der Tod hinweg, zum Teil sind sie in anderen Funktionen heute noch tätig oder die Jahre des Alters haben sie bestimmt, in den Ruhestand zu treten.

Die heutige Sitzung ist die siebzigste seit 1945 und in gewissem Sinne eine Jubiläumssitzung. Mit Stolz und Freude können wir feststellen, daß unsere gesetzgeberische Tätigkeit die Grundlage für den Wiederaufbau unserer Stadt war. In den ersten Jahren unserer Tätigkeit kämpften wir gegen Not und Hunger. Heute können wir Gesetze beschließen, um den Menschen unseres Landes das Leben schöner und reicher zu gestalten. Unsere Erfolge sind das Produkt der gemeinsamen Arbeit der beiden großen Parteien dieses Hauses. Die Erfolge dieser Arbeit rechtfertigen die damaligen Beschlüsse, den Aufbau gemeinsam vorzunehmen und gemeinsam die Verantwortung zu tragen. Von dieser Erkenntnis erfüllt, wollen wir die Geschichte der ersten zehn Jahre abschließen, im gleichen Geiste weiterarbeiten für unser Land, für unsere Wiener, für unsere Republik!" (Starker allgemeiner Beifall.)

./.



Drei neue Landesgesetze

Hierauf ging Landtagspräsident Marek in die Tagesordnung ein. Als erster Punkt wurde die Ergänzungswahl in die Berufungskommission nach dem Abgabenrechtsmittelgesetz durchgeführt.

Stadtrat Resch (SPÖ) referierte sodann eine Gesetzesvorlage, die die Änderung, bzw. Verlängerung des mit 31. Dezember dieses Jahres ablaufenden Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetzes 1952 bis zum 1. Jänner 1960 vorsieht. Nach dem Gesetz wird es auch weiterhin möglich sein, Wohnungen bis zu 120 Quadratmeter Nutzfläche auf 20 Jahre von der Grundsteuer zu befreien. Bisher wurden in Wien in 282 Fällen Gebäude, Wohnungen oder Wohnraumteil, die durch Neu-, Zu-, Um-, Auf- oder Einbauten geschaffen worden waren, auf 20 Jahre von der Grundsteuer befreit. Die Verlängerung bis 1960 geschieht aus der Erwägung, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse auch derzeit noch nicht auf einen längeren Zeitraum überblicken lassen und die Bautätigkeit in möglichst naher Zukunft und nicht erst in weiterer Sicht gefördert werden soll.

Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Über die Änderung des Hauskehrrichtabfuhrgesetzes 1954 referierte gleichfalls Stadtrat Resch. Diese Gesetzesvorlage sieht eine hygienische Verbesserung für die Randgebiete vor, die nach dem Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes bei Wien bleiben. In diesen Gebieten sollen jedoch nicht wie in der dichtverbauten Stadt 90-Liter-Coloniagefäße aufgestellt werden, sondern kleinere Eimer mit einem Inhalt von 35 Litern für jeden Haushalt. Diese Größe wird genügen, da ja die Bevölkerung der Randgebiete zu 70 Prozent in Ein- oder Zweifamilienhäusern wohnt und meist in den Gartenanlagen eine Kompostierungsmöglichkeit für einen Teil des Hauskehrichts hat. Die Eimer werden kostenlos zur Verfügung gestellt werden, sollen regelmäßig an einem bestimmten Wochentag eingesammelt und hierzu von den Hausbewohnern zeitgerecht auf dem Gehsteig bereitgestellt werden. Die Einsammlung des Kehrichts aus diesen Gefäßen wird gleichfalls durch einen Müllspezialwagen der Gemeinde Wien besorgt. Die Gebühr je Eimer und Entleerung wird mit 1.35 Schilling festgesetzt.

Bei der Abstimmung wurde das Gesetz einstimmig angenommen.



Der Stadtrat für Personalangelegenheiten Dr. Migsch referierte sodann eine Vorlage, durch die das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien abgeändert wird. Es handelt sich um Bestimmungen über die Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge für die Beamten der Stadt Wien, die im wesentlichen an jene des Bundes angepaßt sind. Die Bundesregierung hat ihrerseits Bestimmungen über die Anrechnung von Behinderungszeiten sowie über die Fristen zum Einbringen der Ansuchen um Vordienstzeitanrechnung und den Wirksamkeitsbeginn der Anrechnungen abgeändert. Mit der 9. Novelle soll das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien nun an die abgeänderte Verordnung des Bundes angepaßt werden.

Abgeordneter Dr. Soswinski (VO) beschäftigte sich mit den Bestimmungen des Abschnittes IV, mit den Zulagen für Schaffner und Fahrer, und stellt den Antrag, diese Zulagen an alle ständig verwendeten Fahrer und Schaffner nach dem 24. **Dienstjahr** zu bezahlen.

Stadtrat Dr. Migsch empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages, da bereits Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten im Gange sind, die auch auf dem Gebiete der Fahrerzulagen Verbesserungen bringen. Die diesbezügliche Regelung wird sogar besser sein, als die von Dr. Soswinski beantragte.

Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Der Antrag des Referenten wurde ein-  
stimmig angenommen.

- - -



Stellungnahme der Gemeinde Wien zu den Wünschen der Gastärzte  
=====

15. Dezember (RK) In einer Pressekonferenz des Komitees junger Ärzte wurde gestern zu den Problemen der Gastärzte Stellung genommen. Was das dabei aufgestellte Forderungsprogramm anbelangt, würde die Gemeinde Wien einer Erhöhung des Stipendiums-betrages sofort zustimmen, wenn sich der Bund verpflichtet, so wie bisher bei den Gastärztestipendien, die Hälfte des entstehenden Mehrauswandes zu tragen.

Außerdem hat sich die Gemeinde Wien schon bei der Beratung des ASVG bereit erklärt, für alle Gastärzte, ganz gleich, ob sie ein Stipendium erhalten oder nicht, ab 1. Jänner des kommenden Jahres die Kosten der Sozialversicherung zu tragen, vorausgesetzt natürlich, daß auch hier der Bund die auf ihn entfallende Hälfte dieser neuen Belastung übernimmt.

Die übrigen Wünsche der Gastärzte sind personeller Art. Sie werden bereits seit längerer Zeit sorgsam geprüft. Vor allem wird das bisherige System der Einteilung der Gastärzte verbessert werden.

- - -

A. Rosthorn zum Gedenken  
=====

15. Dezember (RK) Am 17. Dezember sind 10 Jahre vergangen, daß der Diplomat und Sinologe Dr. Arthur Rosthorn in seiner Vaterstadt Wien gestorben ist.

Am 16. April 1862 geboren, studierte er Germanistik, Sanskrit und allgemeine Sprachwissenschaft und erhielt 1885 eine Anstellung beim chinesischen Zolldienst. Nach seiner Rückkehr in den diplomatischen Dienst der österreichischen Monarchie war er in der Folge Gesandter in Peking und Teheran. Infolge seiner langjährigen beruflichen Tätigkeit erwarb Dr. Rosthorn umfassende Kenntnisse über die Sprache, Geschichte und Kultur Chinas. Er veröffentlichte eine Reihe von Werken, die grundlegende historische, religions-philosophische und linguistische Forschungsergebnisse enthalten. Rosthorn wirkte später als Honorarprofessor an der Wiener Universität und gehörte auch der Österreichischen Akademie der Wissenschaften als korrespondierendes Mitglied an. Die von ihm hinterlassene Fachbibliothek bestand aus 10.000 Bänden.

- - -



## Wiener Gemeinderat

=====

Die Beratungen über den Voranschlag 1956 der Bundeshauptstadt

15. Dezember (RK) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages trat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas der Gemeinderat zusammen, um mit den Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1956 der Bundeshauptstadt Wien zu beginnen. Vor Eingang in die Tagesordnung teilte der Bürgermeister mit, daß von der ÖVP vier Anträge eingebracht wurden, die die Erteilung des Stipendiums für alle Gastärzte, die Erhöhung des Gastärztestipendiums von 750 auf 1000 Schilling, die Herabsetzung der Wartezeit für die Bestellung zum Sekundararzt und die Errichtung von Schwangere-Beratungsstellen in allen Wiener Bezirken verlangen. Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Nun erteilte der Vorsitzende dem städtischen Finanzreferenten das Wort zur Berichterstattung über den Voranschlag 1956. Stadtrat Risch führte aus: Der Voranschlag 1956 ist der erste nach dem unseligen 2. Weltkrieg, den wir in voller Freiheit und ohne Gefahr der Einmischung einer fremden Besatzungsmacht beraten und beschließen können. Wir können heute rückschauend mit Stolz feststellen, daß wir unseren Teil zur endlichen Befreiung Österreichs ideell und wirtschaftlich beigetragen haben. Schon der erste Bürgermeister Wiens nach der Besetzung, unser verehrter Herr Bundespräsident Dr. Körner hat uns gelehrt, daß man auch vor Generalen nicht kapitulieren, sondern ihrem oft mangelnden Wissen über die zivilen Notwendigkeiten einer Stadt durch ständige Aufklärung nachhelfen muß. Sein Beispiel hat den ideellen Widerstand der ganzen Bevölkerung gegen die Besetzung gestärkt und den fremden Mächten gezeigt, daß sich Österreich nie vor dem Unrecht seiner Besetzung beugen werde. Die nun endlich erreichte Befreiung hat unser Selbstbewußtsein gehoben und damit auch unsere Zuversicht, mit eigener Kraft und unter eigener Verantwortung unsere Zukunft nach unserem besten Wissen und Wollen gestalten zu können. Aber auch materiell haben wir in den letzten 10 Jahren Erfolge erzielt, die man gerne als das österreichische Wirtschaftswunder bezeichnet. Wien hat durch seine großzügige Aufbauarbeit in diesen Jahren einen wesentlichen Teil zu dem österreichischen Wirtschaftswunder beigetragen.



Die Ursachen dieser wirtschaftlichen Erfolge sind wohl neben der großzügigen Hilfe, die uns die Vereinigten Staaten von Amerika geleistet haben, in zwei Tatsachen begründet, auf die wir stolz sein können. Ich meine einerseits den Fleiß, das hohe Können und den Wagemut unserer Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Unternehmer und andererseits den alle Gegenstände und Hindernisse überwindenden Willen der zwei großen Parteien unseres Landes, alle öffentlichen Angelegenheiten einvernehmlich zu lösen und damit Österreichs Wirtschaft vor Kämpfen und schweren Erschütterungen zu bewahren. Unseren Fleiß und unser Können kann man uns nicht nehmen. Ich gebe aber meiner sicheren Erwartung Ausdruck, daß auch unsere Einigkeit und Geschlossenheit im Inneren, im freien Österreich, erhalten bleiben möge. Nichts würde den Aufbauwillen und die Zuversicht unserer Bevölkerung, daß Österreich sein Schicksal allein meistern kann, schwerer treffen, als die Erkenntnis, daß die Einigkeit der zwei großen politischen Parteien, denen die Bevölkerung von Wahl zu Wahl in immer stärkerem Maße ihr Vertrauen und damit ihre Zustimmung zu der gemeinsamen Aufbaupolitik ausgedrückt hat, nur unter dem Zwange der Besetzung aufrechtzuhalten war. Möge eine solche Enttäuschung unserer Bevölkerung erspart werden; sie könnte sonst leicht zu der Meinung kommen, daß die Freiheit nach außen durch den Unfrieden im Inneren zu teuer erkauft worden sei.

Wien hat so wie die anderen östlichen Bundesländer durch den Krieg und die Besetzung wesentlich größere Schäden erlitten als die westlichen und südlichen Bundesländer. Daneben wurden sie wirtschaftlich noch dadurch schwer benachteiligt, daß die Mittel des Marshallplanes begreiflicherweise den von den Russen besetzten Gebieten nur spärlich zugeflossen sind. Während die Industrie im Westen und Süden unseres Landes nicht nur wiederaufgebaut, sondern großzügig modernisiert und erweitert werden konnte, war dies im Osten nur in geringem Umfange möglich. Einzelne Betriebe waren sogar genötigt, nach dem Westen auszuwandern, um ihre Betriebsstätten dort den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend aufbauen zu können. Es sind noch immer Mittel aus den Marshallplangeldern vorhanden und ich appelliere namens der Wirtschaft unserer Stadt an die für die Vergabe in Betracht kommenden Stellen der Bundesverwaltung, auch die Wiener Betriebe, so wie die der übrigen östlichen Bundesländer in Zukunft bei Vergabe dieser Mittel bevorzugt zu behandeln, um wenigstens



einen Teil des Unrechts gutzumachen, das an diesen schwer betroffenen Gebieten begangen wurde. (Beifall.)

### Die Entwicklung der Wirtschaft

Nun gestatten Sie mir über die Entwicklung der Wirtschaft in diesem Jahr einige Daten mitzuteilen. Der Konjunkturaufschwung hat sich auch 1955 noch fortgesetzt, wenn sich auch das Tempo der Aufwärtsentwicklung gegen 1954 wesentlich verlangsamt hat. Die industrielle Produktion ist gegen 1937 bis September 1955 auf 215 Prozent gestiegen, während sie im gleichen Monat des Vorjahres erst 196 Prozent erreichte. Die dauerhaften Güter, also die Investitionsgüter, sind auf 297 Prozent, die Konsumgüter aber erst auf 145 Prozent gestiegen. Aus dem stärkeren Steigen der Produktion von Investitionsgütern gegenüber dem weit schwächeren Steigen der Produktion von Konsumgütern ergibt sich das Mißverhältnis zwischen dem Anteil der Unternehmer und dem der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt des Landes, das ich schon im Vorjahre nachgewiesen habe und das sich seither leider nicht wesentlich geändert hat. Zu dem gleichen Ergebnis einer ungerechten Verteilung des Sozialproduktes kommt man, wenn man die Steigerung der Produktivität, also der erzeugten Gütermenge je Beschäftigten mit der Steigerung der Löhne vergleicht. Die Produktivität ist gegen 1937 um 20.5 Prozent gestiegen. Da nun der letzte errechnete Index der Kleinhandelspreise 712 Prozent von 1937 ausmacht, der Index der Nettotariflöhne in Wien aber 785 Prozent, ergibt sich, daß die Löhne den Preisindex um 10 Prozent überschritten haben. Während also die erzeugte Gütermenge je Arbeiter bereits um 20.5 Prozent gestiegen ist, sind die Löhne erst um 10 Prozent höher als die valorisierten Friedensbezüge. Auch dieser Vergleich zeigt, daß der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt noch geringer ist, als es der erhöhten Produktivität entsprechen würde.

### Arbeitsmarkt günstig

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist noch immer günstig. So wurden im Oktober dieses Jahres um 85.000 Beschäftigte mehr gezählt als im Oktober des Vorjahres. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist im November dieses Jahres noch um 23.500 geringer als im November 1954. Besonders günstig ist die Entwicklung in Wien. Während in ganz Österreich die Zahl der Arbeitslosen vom Oktober bis November dieses Jahres immerhin um 16.000 gestiegen ist,



betrug in Wien die Steigerung im gleichen Zeitabschnitt nur 850 Arbeitslose, also weit unter dem Durchschnitt von ganz Österreich. Ein zweites Beispiel zeigt gleichfalls die bessere Lage in Wien. In Österreich ist seit Mai dieses Jahres die Zahl der Arbeitslosen wieder größer geworden als sie im Jahre 1951, dem Jahr der bisher geringsten Arbeitslosigkeit war. Wien hält dagegen das ganze Jahr 1955 hindurch den Stand seiner Arbeitslosen ununterbrochen unter der Zahl der Arbeitslosen im Rekordjahr 1951. Auch im November dieses Jahres haben wir gegen den gleichen Monat im Jahre 1951 noch um mehr als 7.000 Arbeitslose weniger. Wien hat also im Jahre 1955 neue Rekordzahlen für den geringsten Arbeitslosenstand seit 1945 aufgestellt, wahrlich ein Erfolg an dem das ständige Bemühen der Gemeinde, Arbeit zu schaffen, ihren redlichen Anteil hat.

#### Mehr Erhaltungsarbeiten im kommenden Jahr

Nun noch ein Wort zur Entwicklung der Bauwirtschaft in Wien. Die Bauwirtschaft hat sich in den letzten Jahren stark mechanisiert. Bei Ausschreibungen unserer Großbauten sind im wesentlichen nur jene Unternehmungen konkurrenzfähig, die über eine genügend große Zahl moderner Baumaschinen und über das nötige Hilfsmaterial verfügen. Kleiner, aber auch mittlere Unternehmer ohne ausreichende technische Ausrüstung kommen bei Großbauten nicht mehr mit. Nun hat sich in den letzten zwei Jahren gezeigt, daß die großen Baufirmen so stark beschäftigt sind, daß sie Aufträge der Gemeinde nicht mehr rechtzeitig bewältigen können. Wir waren schon 1954 nicht mehr imstande, die im Nachtragsbudget vorgesehenen Beträge für den sozialen Wohnbau auch tatsächlich zu verbauen. Auch hier mußte wieder ein Teil der finanziellen Mittel, die für Wohnbauten bestimmt waren, durch Virements für andere Aufgaben der Stadt herangezogen werden, sollten sie nicht wieder so wie im Vorjahre, unverwendet bleiben. Während also die großen Baufirmen nicht mehr imstande sind unser Bauprogramm neben den öffentlichen Bauten und den Bauten der privaten Wirtschaft rechtzeitig auszuführen, klagen immer wieder kleinere und mittlere Baufirmen, daß sie ihre meist älteren Arbeiter nicht ganzjährig beschäftigen können. Sie sind bei Großbauten nicht konkurrenzfähig, wären aber ohne weiteres imstande Renovierungsarbeiten, auch größeren Umfangs, mit ihren zur Verfügung stehenden Arbeitskräften und ihrem Hilfsmaterial ohneweiters durchzuführen. Da es sinnlos wäre, Beträge



im Budget zu binden obwohl man weiß, daß sie nicht verbraucht werden können, haben wir mit dem Bauamt vereinbart, im kommenden Jahr den Betrag für Wohnhausbauten nur so hoch einzustellen, wie er auch voraussichtlich ausgegeben werden kann und die so ersparte Summe in voller Höhe für Erhaltungs- und Renovierungsarbeiten zu verwenden. Nur aus diesem Grunde haben wir den Ansatz für den sozialen Wohnungsbau von 490 Millionen Schilling heuer auf 440 Millionen Schilling im nächsten Jahr herabgesetzt, dafür aber die Ansätze für Erhaltungsarbeiten um 51 Millionen Schilling von 150 Millionen Schilling 1955 auf 201 Millionen Schilling für 1956 erhöht. Wir erwarten von dieser Maßnahme, daß nicht nur alle Budgetansätze des Bauamtes im kommenden Jahr voll ausgegeben werden können, sondern daß auch durch diese Verschiebung des Bauaufwandes zugunsten der Erhaltungsarbeiten im kommenden Jahr mehr Arbeiter beschäftigt werden können als heuer. Damit wird auch unser ständiges Ziel Arbeit zu schaffen gefördert werden.

#### Die Grundlagen für den Voranschlag

Stadtrat Resch beschäftigte sich dann mit den Grundlagen für den Voranschlag. Durch die Abtrennung der Randgemeinden hat Wien 150.000 Einwohner verloren, das sind 8,5 Prozent der Gesamtbevölkerung sowie zwei Drittel der Bodenfläche der Stadt. Trotzdem stehen die gleichen Einnahmen wie für Groß-Wien nunmehr für das verkleinerte Wien zur Verfügung, da die zweifellos vorhandenen Einnahmeverluste durch die Konjunktur aufgeholt werden konnten. Bei den Einnahmen wurde der Bundesansatz für die Ertragsanteile übernommen. Auch die Zahlen für die Gewerbesteuer sind dem Bundesbudget entnommen, während die eigenen Abgaben nach den letzten Erfahrungsziffern veranschlagt wurden, wobei ein Anhalten der Konjunktur angenommen wird. Stadtrat Resch wies darauf hin daß bei den Steuerreformen Wien größere Verluste als der Bund aufzuweisen hatte. Dazu kommen neue Belastungen, so durch das ASVG 50 Millionen, durch den Familienlastenausgleich 31 Millionen Schilling. Dabei stehen noch große Aufgaben vor aus. Der Referent erinnerte an die Verkehrsenquete und deren voraussichtliche Auswirkungen, den Bau des Allgemeinen Krankenhauses usw. Es sind daher keine weiteren Steuernachlässe möglich; allerdings versicherte Stadtrat Resch, daß es auch keine neuen Steuern oder Steuererhöhungen geben werde.



Für das neue Gehaltsgesetz hat die Stadt Wien, so wie der Bund, nichts im Budget vorgesehen. Stadtrat Resch teilt jedoch nicht den Optimismus des Bundes und rechnet für das kommende Jahr mit einer neuerlichen Belastung. Aus diesem Grund habe er das Defizit möglichst herabgedrückt, um die Personalkosten aufzubringen ohne die Arbeitsbeschaffung zu beeinträchtigen.

### 3.6 Milliarden Gesamtausgaben

Die Gesamteinnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag machen 3.466 Millionen Schilling aus. Das sind um 387 Millionen oder 12.8 Prozent mehr als für 1955. Die Gesamtausgaben betragen 3.596 Millionen, das sind um 227 Millionen oder 6.7 Prozent mehr. Das Defizit beträgt daher nur 129 Millionen Schilling, um 160 Millionen weniger als für 1955. Das Budget kann daher als ausgeglichen betrachtet werden. Woher stammen nun die Einnahmen? Die Ertragsanteile machen 1.055 Millionen, um 115,5 Millionen mehr aus, die Gemeindeabgaben 992 Millionen, um 116 Millionen mehr, die Gebühren und sonstigen Einnahmen 1.008 Millionen, um 55 Millionen mehr, die Darlehen 34 Millionen, um 1,5 Millionen mehr, und Wertdurchführung 376 Millionen, um 99 Millionen mehr. Da die Wertdurchführung keine reellen Einnahmen darstellt, ergibt sich somit eine echte Steigerung der Einnahmen von 288 Millionen Schilling.

### Die Verhandlungen um den Finanzausgleich

Stadtrat Resch benützte die Gelegenheit, um dem Gemeinderat auch über die Verhandlungen um den Finanzausgleich zu berichten, der zum ersten Mal für zwei Jahre abgeschlossen werden konnte. Zum ersten Mal gab es auch Verhandlungen auf politischer Ebene, an denen je fünf Delegierte der beiden Koalitionsparteien teilnahmen. Der Städtebund war nur durch seine sozialistische Fraktion vertreten, auf Seiten der ÖVP nur der Gemeindebund. Vom Bund wurde der Finanzausgleich auf drei Jahre angeboten, wobei das Bundespräzipium von 700 Millionen Schilling fallen sollte. Dafür hätte ein Drittel der Gewerbesteuer, ungefähr 500 Millionen Schilling, der Bund bekommen. Dazu kam noch die Verschiebung der Aufteilungsschlüssel einiger gemeinschaftlicher Bundessteuern zugunsten des Bundes. Durch diese Reform hätte der Bund 42 Millionen Schilling verloren, Wien 16 Millionen, dagegen die Länder



33 Millionen gewonnen und die Gemeinden ohne Wien ebenfalls vier Millionen Schilling gewonnen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, weil dadurch eine völlige Verschiebung der Ertragsanteile zwischen Industrie- und Landgemeinden eingetreten wäre. Der Gewerbesteuerausfall trafe vor allem die Industriegemeinden, während der Wegfall des Bundespräzipiums wieder den Landgemeinden zugute käme. Die sozialistische Fraktion hat erklärt, daß kein längerer Finanzausgleich möglich ist, wenn seine Grundlagen verschoben werden. Der Finanzminister hat sich daraufhin bereit erklärt, die Grundlagen nicht zu ändern. Der zweite Vorschlag war der, daß der Bund allen Ländern mit Ausnahme Wiens 15 Schilling Zuschuß je Kopf der Bevölkerung und Jahr gibt, was eine Belastung des Bundes von 80 Millionen bedeutete. Die Salinengemeinden sollten 1.000 Schilling je Beschäftigten erhalten. Dafür sollte Wien selbst allen Landeshauptstädten und allen Gemeinden über 40.000 Einwohner auch 15 Schilling pro Kopf zahlen, was 12 Millionen gekostet hätte. Diesen Versuch des Finanzministeriums, Wien und die Landeshauptstädte aufzuspalten, wurde von der sozialistischen Fraktion als Diffamierung der Bundeshauptstadt abgelehnt. Es wurde schließlich der Gegenvorschlag gemacht, den Kopfquotenausgleich nur für jene Länder durchzuführen, die unter dem Durchschnitt liegen. Wien erhält zwar dann auch nichts, steht aber nicht allein, denn auch in Tirol, Vorarlberg und Salzburg liegt die Kopfquote über dem Durchschnitt. Wenn eine Verbesserung der Länderanteile durchgeführt werden soll, dann müßten auch die Anteile für die Gemeinden verbessert werden. Ebenso sei das Bundespräzipium endlich herabzusetzen, weil sich die Steuereinnahmen ständig zugunsten des Bundes verschieben.

Das Endergebnis brachte schließlich eine Verbesserung des Kopfquotenausgleiches für fünf Länder, die Herabsetzung des Bundespräzipiums auf 685 Millionen und 1.200 Schilling je Beschäftigten der Salinengemeinden, sodaß der Bund insgesamt 83 Millionen verliert, die Länder 70 Millionen und die Gemeinden ohne Wien acht Millionen gewinnen und schließlich Wien 4,6 Millionen profitiert. Der Referent bemerkte zu dem Abschluß des Finanzausgleiches noch, daß Verhandlungen auf Parteil Grundlage nicht günstig seien, denn die ÖVP ist automatisch Verbündeter des Finanzministeriums, während die SPÖ-Fraktion allein Länder und Gemeinden vertreten muß. Früher stammten die Länder- und Gemeindevertreter von beiden Parteien, sodaß deren Schlagkraft wesentlich stärker war. ./.



Der R.ferant gliederte nun die Einnahmen weiter auf. Bei den eigenen Abgaben steigen die Gewerbesteuerereinnahmen um 80 Millionen, die Lohnsteuer um 25 Millionen, Vergnügungssteuer und Getränkesteuer je um 5 Millionen. Die Ursachen dafür liegen bei der Gewerbesteuer in der Steigerung des Gewerbeertrages, bei der Lohnsteuer in der höheren Beschäftigtenzahl und der Lohnsteigerung und bei den Konsumsteuern im höheren Umsatz. Die Gebühren und sonstigen Einnahmen steigen um 55 Millionen Schilling.

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben ergibt im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt einen Personalaufwand von 1.183 Millionen Schilling, um 89 Millionen mehr, Ausgaben für den laufenden Sachaufwand von 1.516 Millionen, um 187 Millionen mehr, und Investitionen von 896 Millionen, um 49 Millionen weniger.

#### Beamtenbezüge um 14 Prozent gestiegen

St.ätrat R. sch ging nun auf die Ansätze der einzelnen Verwaltungsgruppen näher ein. Die Gruppe I, sieht Ausgaben von 397 Millionen, um 32 Millionen mehr, vor, jedoch betrifft dies nur das Personal der allgemeinen Verwaltung ohne die betriebmäßigen Verwaltungszweige. Der Gesamtpersonalaufwand beträgt wie schon berichtet, 1.183 Millionen Schilling, das sind 32.9 Prozent der Gesamtausgaben. Hier betrug der Anteil am Budget 32.5 Prozent. Seit dem 1. Jänner 1955 ist eine Erhöhung der Bezüge der städtischen Bediensteten um 14 Prozent eingetreten. Auf der anderen Seite konnte der Personalstand nuerlich gesenkt werden. Für 1956 sind 32.035 aktive Bedienstete, das sind um 400 weniger, und 14.320 Pensionisten, das sind um 260 mehr, vorgesehen. Der Bund hingegen sieht 24.000 Bedienstete mehr vor, darunter allerdings 12.000 Militärpersonen.

#### 105 Millionen für Wohnbauförderung

Die Finanzgruppe sieht Ausgaben von 356 Millionen Schilling vor, um 27 Millionen weniger. Für Wohnbaudarlehen sind nur 60 Millionen veranschlagt, um 40 Millionen weniger, da der Bund keinen Zuschuß aus Budgetmitteln für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds vorgesehen hat. Falls jedoch der Bund doch noch Zuschüsse flüssig macht, dann wird auch die Gemeinde Wien ihren Anteil leisten. Für die Wohnbauförderung sollen wieder 105 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden.



Der Anlehensdienst erhöht sich um 12 Millionen auf 34 Millionen wegen der Aufnahme des Anlehensdienstes ausländischer Anlehen. Für unvorgesehene Ausgaben sind wieder 50 Millionen Schilling budgetiert.

#### 219 Millionen für kulturelle Zwecke

Für die Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung, sind Ausgaben von 219 Millionen Schilling, um 19 Millionen mehr, vorgesehen. Dazu kommt eine Million für die Behebung von Kriegsschäden an Schulen. Die Ausgaben für Kulturangelegenheiten im engeren Sinn sind mit 102 Millionen, um acht Millionen mehr, veranschlagt. Zum ersten Mal sind drei Millionen aus der Orts- taxen vorgesehene. Für die Förderung von Wissenschaft, Kultur und Volksbildung und für Subventionen wurden 15,3 Millionen eingesetzt, davon 2,3 Millionen Schilling aus der Rückvergütung der Vergütungssteuer. (Beifall bei der SPÖ) Die Musiklehranstalten erhalten einen Zuschuß von sechs Millionen, die Modeschule 1,4 Millionen und die städtischen Büchereien sechs Millionen. Alle diese Förderungsmaßnahmen hat es vor 1938 nicht gegeben. An Investitionen sind für die Stadthalle 40 Millionen, für den Museumsbau acht Millionen und für den Ausbau des Stadions vier Millionen vorgesehen.

In der Schulverwaltung steigt der Gesamtaufwand um 11 Millionen auf 117 Millionen. Allein für bauliche Erhaltung und Modernisierung sind 27 Millionen vorgesehen, das sind um 14 Millionen mehr. Der Aufwand für Berufsschulen steigt um fünf Millionen auf 27 Millionen. An Investitionen sind für die Fortsetzung von fünf Schulneubauten sieben Millionen vorgesehen. Für Bücher und Lehrmittel sind 4,5 Millionen im Budget.

#### 514 Millionen im Fürsorgebudget

In der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, sind Gesamtausgaben von 514 Millionen, um 122 Millionen mehr, präliminiert. Unter den wichtigeren Ausgabeposten nannte der Referent 59 Millionen Schilling für Kindergärten und Horte, davon neun Millionen für Neubauten. 12 begonnene Kindergartenbauten werden fortgesetzt oder beendet, zwei Kindergärten neu begonnen, ebenso zwei Tageserholungsstätten.



Ein Spitalpatient kostet täglich 110 Schilling

Die Ausgaben in der Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, betragen 514 Millionen Schilling, um 33 Millionen mehr, dazu kommen 4,5 Millionen für den Wiederaufbau des Infektionskrankenhauses. Die Gemeinde Wien erhält 14.455 Spitalsbetten, dazu kommen 6.275 Betten in Altersheimen, 2.000 Betten für Obdachlose, 2.098 Betten in den Erziehungsheimen und 450 Betten in Lehrlingsheimen. Das kostet alles in allem 694 Millionen Schilling, das sind 38 Millionen mehr. Die tatsächlichen Einnahmen betragen dagegen nur 287 Millionen Schilling, so daß die Gemeinde Wien aus Steuermitteln 407 Millionen zuschießen muß. Ein Spitalpatient wird im nächsten Jahr täglich 110 Schilling kosten. Die Krankenkassen zahlen jedoch dafür nur 50 Schilling, die Privatpatienten 58 Schilling.

93 Millionen für den Straßenbau

Die Ausgaben in der Verwaltungsgruppe VI, Bauwesen, betragen 675 Millionen, um 20 Millionen weniger. Dazu kommen 6,5 Millionen für Kriegsschäden, Brücken- und Wasserbauten und Gebäudeerhaltung. In der Verwaltungsgruppe VII, Baupolizeiliche und sonstige technische Angelegenheiten sind 57 Millionen Schilling Ausgaben vorgesehen, um 7 Millionen mehr, dazu 550.000 Schilling für Kriegsschäden auf Friedhöfen. Die Ausgaben in der Gruppe VI sinken wegen der 50 Millionen Schilling, die für den Wohnbau weniger veranschlagt wurden. Dafür steigen zum Beispiel die Ausgaben für den Straßenbau um 17 Millionen auf 93 Millionen Schilling. Die Gesamtausgaben für Bau- und Baunebengewerbe betragen 1.177 Millionen Schilling, darunter 440 Millionen für den sozialen Wohnhausbau. 32,7 Prozent der Gesamtausgaben der Stadt Wien werden also dem Baugewerbe und dem Baunebengewerbe zufließen.

Baubeginn am Laaer Berg-Bad

Die Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, hat einen Gesamtaufwand von 372 Millionen Schilling, um 40 Millionen mehr. Für die Kanalisation sind 43 Millionen vorgesehen, davon 17 Millionen für Kanalneubauten.



Die Wasserwerke veranschlagen 125 Millionen, darunter 20 Millionen für den Großspeicher in Neusiedl. Für die städtischen Bäder sind 37 Millionen vorgesehen, darunter als erste Bau-rate für das neue Sommerbad auf dem Laaer Berg zwei Millionen Schilling. Für die Straßenpflege und den Fuhrpark wurden 154 Millionen angenommen.

Die Verwaltungsgruppe IX, Wohnungswesen, sieht Ausgaben von 216 Millionen Schilling, um zwei Millionen mehr, vor. Der Abgang bei der Wohnhauserverwaltung steigt infolge der Steigerung der Erhaltungskosten auf 45 Millionen Schilling. Bei Berücksichtigung der Wertabschreibungen und der Investitionen ergibt sich allerdings ein reiner Betriebsabgang von nur 4,5 Millionen. Dafür konnte der Aufwand für Behebung von Kriegsschäden verringert werden.

In der Gruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, beträgt der Gesamtaufwand 85 Millionen Schilling, um sieben Millionen mehr. Für Märkte sind 27 Millionen, für Schlachthöfe 16 Millionen vorgesehen.

Die Gruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, hat einen Gesamtaufwand von 145 Millionen, um 29 Millionen mehr. Dazu kommen 1,6 Millionen für die Behebung von Kriegsschäden bei der Feuerwehr. Für die Feuerwehr sind insgesamt 59 Millionen, um acht Millionen mehr, vorgesehen. Der Aufbau der Feuerwache Döbling wird begonnen werden. Die Zentrale und die Feuerwache Ottakring sind bereits fertig. Der Beitrag für die Bundespolizei ist mit 32 Millionen Schilling unverändert.

### 31 "Erinnerungen" zum Budget

Wie bekannt, ist das Budget durch acht Tage zur öffentlichen Einsicht aufgelegt und jeder Bürger hat das Recht, dazu Erinnerungen abzugeben. Neuer haben 48 Personen Einsicht genommen, jedoch nur 31 von ihnen Erinnerungen zum Voranschlag gemacht. Von diesen wurden wiederum 25 Erinnerungen im Namen von Vereinen und Verbänden und sechs von Einzelpersonen durchgeführt.



Große Aufgaben für 1956

Abschließend führte Stadtrat Rasch aus: "Wie ich schon in meinen einleitenden Worten ausgeführt habe, werden wir im kommenden Jahr trotz der Verkleinerung unserer Stadt durch die Ausgemeindung von 150.000 Einwohnern mit Einnahmen rechnen können, die höher sein werden als die im Jahre 1954 waren, in dem wir noch acht Monate lang die Randgemeinden besessen haben. Wir verdanken diese günstige Entwicklung unserer Einnahmen der noch immer ansteigenden Konjunktur unserer Wirtschaft, die unseren Stand an Beschäftigten auf eine in Wien noch nie erreichte Höhe gehoben und damit das erzeugte Spezialprodukt und den Anteil der öffentlichen Wirtschaft daran ständig vermehrt hat. Aber auch unsere ausgezeichnet organisierte Abgabenverwaltung, die uns die rechtzeitige und restlose Einhebung unserer Steuern sichert, ist an dem Erfolg beteiligt. Wir werden also im nächsten Jahr für das verkleinerte Wien mehr Geld aufwenden können als 1954 für Groß-Wien. Unser ständiges Ziel, für die Bevölkerung unserer Stadt Arbeit zu schaffen, wird also auch im nächsten Jahr finanziell gesichert sein. Wir werden aber sehr darauf achten müssen, die öffentlichen Gelder nicht dorthin zu lenken, wo durch die Konjunktur bereits alle Reserven an Arbeitskräften und an Material erschöpft sind, um nicht die Folgen einer Überkonjunktur, das Ansteigen der Preise, hervorzurufen. Wir werden uns auch weiterhin bemühen müssen, die Arbeiten so zu vergeben, daß Saisonspitzen nach Möglichkeit vermieden werden und die Winterarbeitslosigkeit auf das geringstmögliche Maß herabgedrückt wird.

Wir haben noch große Aufgaben vor uns, um unser Ziel, Wien zu einer Weltstadt zu machen und seiner Bevölkerung ständig Arbeit zu beschaffen, zu erfüllen. Der Abzug der Besatzungsmächte hat auf dem Wohnungsmarkt nicht die Erleichterung gebracht, die wir uns erhofft haben. Man muß im Gegenteil befürchten, daß die Aufhebung der Zwangseinmietungen durch eine Besatzungsmacht die Zahl der dringlichen Wohnungsanforderungen neuerlich erhöhen wird. Wir müssen daher unter Ausnützung der vollen Kapazität unserer Bauwirtschaft den Wohnungsbau fortsetzen, wobei ich nur bedauere, daß die Verschiebung des Wohnungsbaues vom sozialen Wohnungsbau der Stadtverwaltung zum genossenschaftlichen Wohnungsbau, den ich im Vorjahr als eine erfreuliche finanzielle Erleichterung für die Stadt



begrüßt habe, durch die Streichung der Zuschüsse des Bundes für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds einen Rückschlag erlitten hat. Wir werden aber auch den immer noch ansteigenden Drang nach modernen und gesünderen Wohnungen dadurch abzustoppen versuchen müssen, daß wir durch eine großzügige Kreditaktion für die Modernisierung unserer Altwohnungen diese wohlicher gestalten. Wir haben in Wien noch 21.000 Wohnungen, in deren Häusern kein Wasser eingeleitet ist und 313.000 Wohnungen, die das Wasser nur am Gang haben. Mehr als 51 Prozent aller Wohnungen Wiens haben also kein Wasser innerhalb der Wohnung. Kaltes und warmes Wasser innerhalb der Wohnung ist aber wohl das primitivste Erfordernis für ein hygienisch einwandfreies Heim. Da allein die Zu- und Ableitung für Wasser vom Gang in die Wohnung mindesten 3.000 S je Wohnung kostet, wird diese Mindestverbesserung des vorhandenen Wohnraumes einen Betrag von rund einer Milliarde Schilling erfordern, eine Summe, die bei der derzeitigen Beanspruchung des Kapitalmarktes in Österreich nur in einem längeren Zeitraum aufzubringen sein wird. Wenn ich noch die Aufgaben erwähne, die uns die Verkehrsenquete auferlegt hat und den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, über dessen **Kostenteilung** es endlich zwischen Bund und Gemeinde zu einer vorläufig nur für den ersten Umbau geltenden Vereinbarung gekommen ist - jeder Partner soll die Hälfte zahlen - und der gleichfalls hunderte von Millionen erfordern wird, glaube ich gezeigt zu haben, wie groß die Aufgaben sind, die unser noch harren. Wir wollen und wir werden sie lösen, wenn wir so wie bisher weiterhin mit unseren Geldern sparsamst umgehen und uns nicht von verantwortungslosen Hinauflizitierern in unnötige Aufwendungen hineinhetzen lassen. Wir wissen, daß unsere gesteckten Ziele nur schwer zu erreichen sein werden und viel Geld und damit viel Mut, Verantwortung für ernste Beschlüsse zu übernehmen, erfordern werden. Die Mehrheitspartei dieses Hauses ist bereit diese ihre große Verantwortung zu übernehmen und sie ist auch bereit sie mit allen zu teilen, die gleich ihr gewillt sind, nicht kleinlichen politischen Tageserfolgen nachzujagen - die übrigens über Nacht wieder vergessen werden - sondern die mithelfen wollen, um in ernster Arbeit die großen Ziele, die wir uns gesteckt haben, zu erreichen und die den Mut haben, Verantwortung zu tragen, auch dann, wenn es



nicht gerade populär ist. Wenn wir aber mit viel Mühe und viel Fleiß das große Ziel, Wien zu einer modernen Weltstadt zu machen, deren Bewohner ständig Arbeit und einen anständigen Verdienst haben, errichtet haben werden, bin ich sicher, daß es das Volk von Wien jenen danken wird, die diese Arbeit geleistet haben!" (Langanhaltender starker Beifall.)

### Die Generaldebatte

Als erster Debatteredner beschäftigte sich GR. Lauscher (VO) mit der Entwicklung nach dem Abschluß des Staatsvertrages, durch den nun die Gemeinde Wien wieder in die Lage versetzt wird, ihren Haushalt frei zu bestellen. Die überwältigende Mehrheit, betonte er, begrüßte die Unterzeichnung des Staatsvertrages und die darauffolgende Neutralitätserklärung. Es werde allgemein mit Zustimmung zur Kenntnis genommen, daß nicht die Politik der Stärke gesiegt habe und daß damit für die Erhaltung des Friedens viel geleistet wurde. Der Wiener Gemeinderat müsse nun seine Aufgabe darin erblicken, überall mitzuhelfen, die Beziehungen zwischen West und Ost weiter zu stärken. Er verlangt im Zusammenhang einen intensiveren Ausbau des Handels mit dem Osten und stärkere kulturelle Beziehungen zur Sowjetunion. Es werde die Aufgabe des Wiener Gemeinderates sein, die verfassungsmäßig verankerte Neutralität Österreichs ebenso zu verteidigen wie seine wirtschaftliche Selbständigkeit. Die österreichische Erdölwirtschaft hat in diesem Sinne auch Wien mit billigem Erdöl und Erdgas zu versorgen. Der Redner betont, daß die Sowjetunion zur Freude aller Österreicher die von ihr verwalteten Erdölgebiete dem österreichischen Staat übergeben hat. Er verweist darauf, daß gegenwärtig Versuche unternommen werden, die wichtigsten Teile der Schürfanlagen westlichen Interessenten zukommen zu lassen. Hinter der Niogasgesellschaft verbergen sich ausländische Konzerne, die unsere Erdölwirtschaft umbringen wollen. Solche Pläne bezeichnet er als eine ernste Gefahr für die Neutralität und stellt daher den Resolutionsantrag, der Gemeinderat solle sich für die Verstaatlichung der gesamten österreichischen Mineralwirtschaft einsetzen und gegen die Vergebung der Schürfrechte an die Niogas protestieren.



Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen fordert er die Beseitigung des Bundespräzipiums. Er verweist darauf, daß man bis jetzt verschiedene Forderungen der VO zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung mit dem Hinweis abgelehnt habe, daß die Rohstoffbasis des Landes in fremden Händen wäre. Die Unternehmer wollen aber auch unter den neuen Verhältnissen die Arbeitnehmer weiterhin um ihren gerechten Anteil am Sozialprodukt prellen. Ihre Argumentationen stehen im Widerspruch zu den Tatsachen.

Der Redner gibt dann einen Überblick über die gegenwärtigen Durchschnittsreallöhne, die, wie er sagt, trotz der erhöhten Produktion geringer sind als 1937. Im Zusammenhang setzt er sich für die Erfüllung der Straßenbahnerforderungen ein, die, wie er ausführte, bereits auf dem Gewerkschaftskongreß der Gemeindebediensteten einstimmig beschlossen wurden.

Er spricht sich unter anderem dafür aus, man solle die Möbel der Lebedenko-Schenkung den Benützern endlich zur Gänze ohne Mietenzahlungen zuweisen. Er erinnert an den seinerzeitigen Appell an den Bürgermeister, sich gegen die Freilassung Sanitzers einzusetzen und stellt einen Resolutionsantrag, der Gemeinderat solle gegen die Freilassung des Gestapomannes protestieren. Er nimmt Stellung gegen die Diskriminierung und **Verhaftung** österreichischer Freiheitskämpfer und fordert die demokratische Bevölkerung zur **Wachsamkeit** auf.

Auf die Budgetvorlage eingehend, meint er, es wären noch viele Anliegen der Bevölkerung zu erfüllen, vor allem die Beseitigung der Wohnungsnot durch Verstärkung des sozialen Wohnungsbaues. Er bestreite nicht, daß auf diesem Gebiete viel geleistet wurde, spricht sich aber gegen die Verringerung der Ansätze für den sozialen Wohnungsbau aus. Der Redner stellt die Frage, was bisher für die Sanierung der Althäuser geschehen ist und verweist auf den seinerzeitigen Antrag zur Schaffung des Zentralreparaturausgleichfonds. Die Verkehrs-enquete habe eine Reihe brauchbarer Vorschläge entwickelt und der Redner verlangt ihre baldigste Erfüllung. Er setzt sich für die Schaffung des zweiten Stadtbahnrings ein und verlangt eine soziale Tarifpolitik bei den Verkehrsbetrieben, so die Wiedereinführung des Kurzstreckentarifes und die Verbilligung der Sonntagsrückfahrtscheine. ./.



Er beschäftigte sich auch mit der Spitalsnot, dem Bettenmangel und dem unmöglichen Zustand des Allgemeinen Krankenhauses und meint, daß sich über die Baupläne des Allgemeinen Krankenhauses im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einmal noch die Mediziner und die Baufachleute einig sind. Er verlangt, die Gemeinde Wien möge sich mehr am Kulturaustausch zwischen den Völkern beteiligen und wendet sich gegen den Import von Schundbüchern und Schundfilmen. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion jede fortschrittliche Kommunalpolitik unterstützen werde.

GR. Zink (ÖVP) bezeichnet die seit Jahren immer wiederkehrenden pessimistischen Anschauungen und Vorwürfe des Finanzreferenten auch für das kommende Jahr als unbegründet. So werden die Einnahmen der Stadt Wien aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben allein 30.4 Prozent aller Einnahmen der Stadt ausmachen. Auch die eigenen Einnahmen, vor allem die Ansätze der Gewerbe- und Lohnsteuer erhöhen sich und betragen 720 Millionen Schilling. Der Redner bezeichnet die Höhe der Gewerbesteuer als eine Gefahr für die kleinen Existenzen. Von den 90.000 Mitgliedern der Wiener Kammer haben rund 35.000 ein Jahreseinkommen von weniger als 18.000 Schilling. Seine Fraktion fordert daher die Einberufung einer Enquete über die Gemeindesteuern, auf der der gesamte Steuerkomplex, insbesondere die Frage der Gewerbesteuer einer Beratung und Überprüfung unterzogen werden soll. Der Redner tritt ferner für eine Revision der Zinsen bei den Gehaltsvorschüssen ein, die er als zu hoch bezeichnet. Nicht unerwähnt dürfe bleiben, daß allein aus dem Wohnungswiederaufbaufonds in Wien 31.000 Wohnungen in den letzten zehn Jahren neugebaut und 43.000 Wohnungen instandgesetzt wurden. Aus den Mitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wurden mehr als 5.000 Wohnungen neu geschaffen. Der Bund leistet ferner Zuschüsse zur Bundespolizei, zu den Schulen, für die großen Repräsentativbühnen, für Museen, Bibliotheken, Akademien usw.



Bei den veranschlagten Ausgaben haben sich kaum nennenswerte Verschiebungen ergeben. Als zu gering bezeichnet er die Ansätze für Planungen. Durch die Finanzierung von Großbauvorhaben durch Kredite müßte es möglich sein, Lasten, die unserer Generation durch zwei Kriege erwachsen sind, zu mildern. Ein großangelegter Finanzplan, der den städtebaulichen und verkehrstechnischen Fragen entspricht, müßte geschaffen werden. Der Redner richtet an Stadtrat Resch die Frage, wie hoch die Rücklagen sind. Es gehe nicht an, große Rücklagen zu schaffen und aus den Bewohnern unserer Stadt immer mehr herauszupressen. Der Redner fordert eine Änderung auf dem Gebiete der Aufnahmepolitik. Als unhaltbaren Zustand bezeichnet er, daß zum Beispiel ein Pflegekind, das in einem Heim untergebracht ist, der Stadt Wien jährlich 10.400 Schilling kostet, für ein Kind aber, das in privater Familienpflege ist, die Pflegeeltern nur 3.600 Schilling jährlich erhalten. Als ein großes und entscheidendes Problem unserer Stadt bezeichnet der Redner die Geburtenarmut. Wien sei bereits die geburtenärmste Großstadt der Welt geworden. In Wien machen die Haushalte mit nur ein bis drei Personen 84 Prozent aller Haushalte aus. In rund 25 Jahren würde es bei einem gleichbleibenden Geburtenrückgang um 400.000 Kinder und um 100.000 Berufstätige weniger, aber um 300.000 Rentner und Pensionisten mehr geben. Das heißt also, daß nach diesen Zahlen Wien in 130 Jahren ausgestorben sein müßte. Es muß daher alles getan werden, um die Geburtenfreudigkeit wieder zu heben. Zehntausende hätten gerne Kinder, sind aber nicht in der Lage, sie menschenwürdig zu erhalten. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für die Gewährung von Ehestandsdarlehen, Geburtenbeihilfen, den Bau von familiengerechten Wohnungen, Tarifiermäßigungen usw. ein. Ein weiteres dringendes Problem sei der Ausbau Wiens zu einer wahrhaft geistigen Metropole. Die Verwaltung dieser Stadt habe die Pflicht, die einmalige Chance, die Erbe und Begabung auf diesem Gebiete geschaffen haben, zu wahren. 220 Millionen Schilling als Ansatz für Kultur seien daher mehr als gering. Vieles wäre auf dem Sektor der Nachwuchspflege, der Begabtenförderung, des Körpersportes, und auf dem Gebiete des Theaters zu tun. Die dritte Forderung, die wohl von den Sozialisten gestellt, aber bisher nicht erfüllt wurde, sei die, Wien wieder zur Weltstadt zu machen.

./.



Hierzu gehört aber mehr als die Regulierung einiger Straßen, der Bau von Brücken oder ähnlichem. Der Redner tritt für den Bau einer U-Bahn, den Ausbau eines modernen Flughafens und den Bau eines allen Anforderungen entsprechenden Donauhafens ein. Diese Maßnahmen und eine vernünftige Steuerpolitik müßten Wien wieder zur Weltstadt machen. Abschließend tritt Gemeinderat Zink für eine gute Zusammenarbeit zwischen den Parteien ein, denn nur dann könne Österreich in eine neue Epoche seiner Geschichte eintreten, in der die Freiheit und die Würde des Menschen gewährleistet werden. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Soswinski (VO) bezeichnet das vorliegende Budget als ein getreues Spiegelbild der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Republik. Die Arbeiterklasse und alle die von der Hände Arbeit leben, werden von den Kapitalisten maßlos ausgebeutet. Man ist stolz darauf, daß die Zahl der Beschäftigten gewaltig gestiegen ist, aber die Löhne, die gezahlt werden, gehören zu den schlechtesten in Europa. Kann sich der Arbeiter, so fragte der Redner, entsprechend der Konjunktur Anschaffungen über das unbedingt notwendige Ausmaß hinaus leisten? Nein! Und die Stadt Wien unternimmt nichts, um die in Zeiten der Konjunktur möglichen Leistungen zu vollbringen. Dr. Soswinski stellte den Antrag, im kommenden Jahr alle Vorarbeiten durchzuführen, um eine Wiedereinführung des Steuersystems zu ermöglichen, wie es zur Zeit Breitners bestanden hat. Dabei sind besonders jene Steuern zu berücksichtigen, die den Luxus und das Wohlleben der Millionenverdiener treffen.

Der Redner übte dann im einzelnen Kritik an der Finanzpolitik der Stadt Wien, die vor den Angriffen des Kapitals und seines Finanzministers zurückweicht. Einer solchen Finanzpolitik könne die VO die Zustimmung nicht geben.

GR. Sigmund (SPÖ) beschäftigt sich zunächst mit den Ausführungen seiner Vorredner. GR. Zink habe davon gesprochen, daß man die Vergangenheit nicht verleugnen dürfe.



Gleichzeitig habe er zum Beispiel gesagt, daß sich die ÖVP mit aller Leidenschaft gegen die Verstaatlichung und gegen die Kommunalisierung wendet. Dem hält der Redner einen **Ausspruch** von Bürgermeister Lueger entgegen, der gesagt hat, daß das, was im öffentlichen Interesse gewesen ist, auch von öffentlichen Organen verwaltet werden soll. Der Redner der ÖVP hat auch alle Fortschritte und Errungenschaften, die seit 1945 in unserer Stadt erreicht wurden, negiert. Man könne freilich in jedem Budget negative Seiten finden, weil die zehn Jahre nicht genügt haben, um alles zu beseitigen, was der Faschismus an Unglück über das österreichische Volk gebracht hat.

Was das Geburtenproblem anbelangt, sollten wir doch nicht immer nur die Jugend anklagen, man sollte vielmehr auch sehen, unter welchen Umständen die Jugend heranwachsen muß. Helfen Sie mit, sagte Gemeinderat Sigmund, daß viele Wohnungen gebaut werden, noch mehr Wohnungen als bisher, damit wir der Jugend genug Heime geben können. Ich bin überzeugt, daß es dann auch besser wird. Der Redner teilte auch nicht die Befürchtung von Gemeinderat Zink, daß die Stadt Wien in abschbarer Zeit ausgestorben sein werde. Wenn aber doch, so meinte Gemeinderat Sigmund ironisch, so wolle er hoffen, daß sich dann wenigstens einer aus Niederösterreich findet, der den letzten Wiener begräbt.

Der Redner legte auch ein Bekenntnis zur Koalition ab. Wenn die letzten zehn Jahre gezeigt haben, daß die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien den Weg zu Freiheit und Wohlstand bedeuten, dann wäre es Vermessenheit, ausgerechnet in dem Augenblick, in dem wir frei geworden sind, diesen Weg zu verlassen.

Zu den Ausführungen des ÖVP-Redners über die Verkehrs-enquete und ihre Empfehlungen bemerkte der Redner, daß die Kommissionen der Enquete durchaus zu Beschlüssen gekommen sind, die auf der Linie lagen, die die Mehrheit in diesem Hause dauernd vertreten hat.

Zu dem Vorwurf, der Voranschlag wäre ein "Routinebudget", sagte der Redner, man sollte ehrliche Arbeit dort anerkennen, wo sie geleistet wird. Die Sozialisten jedenfalls anerkennen, daß ungeheuer viel Fleiß in diesem Budget eingearbeitet ist und daß diesem Budget der Charakter eines Sozialisten aufgedrückt wurde, auf den wir stolz sind. ./.



Die Sozialisten haben den Wählern versprochen, sagte GR. Sigmund, aus dem schwer zerstörten Wien eine Stadt zu machen, in der es schön zu leben ist. Er zitiert einen Leitartikel des "Neuen Österreich", der sich mit der Ausgestaltung der Mariahilfer Straße und dem Aufbau der großen Staatstheater beschäftigt. Er erklärte, die Sozialisten anerkennen jede Leistung, die zum Aufbau Wiens beiträgt, und freuen sich über jeden Erfolg, ohne dabei die Ansicht zu verschweigen, daß wir noch lange nicht am Ende unserer Arbeit sind. Wir alle bemühen uns, sagte er, das Rezept zu finden, wie man das vorhandene Geld aufteilen soll, um alles aufzubauen, was die Stadt benötigt.

GR. Sigmund stellt dann das Wien vor dem ersten Weltkrieg der Gegenwart gegenüber und erklärt, man müsse zugeben, daß nie so viel für die arbeitenden Menschen geleistet wurde als in den letzten Jahren. Ein ungeheurer Wandel habe sich vollzogen. In den letzten fünfzig Jahren ist das Durchschnittsalter um mehr als zwanzig Jahre angewachsen und man muß sich die Frage stellen, ob auch nicht in dieser Tatsache ein Teil der Schwierigkeiten der Gegenwart liege. Er sei nicht unbedingt gegen die Aufnahme von Krediten, die zum gewissen Teil die nächste Generation belasten könnten, doch gibt er der Überzeugung Ausdruck, daß auch jede zukünftige Generation genug Probleme zu lösen haben wird. In Wien hat man zum Beispiel nach 1918 darzulegen versucht, wie man nach den damaligen Möglichkeiten Fragen des Wohnens lösen sollte. Man hat durch den Bau von besseren Wohnungen erreicht, daß heute die Zimmer-Küche-Wohnung, das gemeinsame Klosett für viele Mieter, usw. nicht mehr genügen. Wir hatten nach dem Krieg das Glück, Möglichkeiten zu einer rascheren Entwicklung vorzufinden. Wir haben gemeinsam die Verantwortung getragen und sollten auf die Zusammenarbeit nicht verzichten solange sich nicht etwas Besseres bietet.

Abschließend erwiderte er kurz auf die Ausführungen von GR. Lauscher und stellte fest, daß die Kommunistische Partei in den vergangenen Jahren mindestens im gleichen Maß wie die anderen österreichischen Parteien die Möglichkeit besaß, den Wählern zu sagen, was sie zu tun beabsichtige. Trotz der Gleichstellung ist es ihr aber nie gelungen, über die fünf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen zu kommen. (Zwischenruf GR. Lauscher: Wir haben Geduld! Allgemeine Heiterkeit.)



GR. Sigmund schloß seine Rede, indem er den Glauben an die Zukunft Wiens zum Ausdruck brachte, die Stadt für die wir alle eintreten müssen, um sie größer, schöner und reicher zu machen. Seine Fraktion, sagte er, wird den Budgetansätzen zustimmen. (Starker Beifall.)

Stadtrat Resch bezeichnet die von GR.Lauscher eingebrachten Anträge als rein politisch und als nicht in den Gemeinderat gehörend, bittet jedoch trotzdem, die beiden Anträge dem Magistrat zur Behandlung zuzuweisen. Zur Frage des GR.Lauscher, was die Gemeinde Wien zur Wohnhäusererhaltung getan habe, ist zu sagen, daß auf diesem Gebiet sehr viel geschehen ist. Die Gemeinde hat durch die Übernahme der Haftung die Gewährung von Krediten durch die Zentralsparkasse ermöglicht. Außerdem hat sie sich verpflichtet, bei jenen Häusern, bei denen durch die Reparaturkosten der Friedenszins sich über 3.50 Kronen erhöhen würde, zinsenlose Darlehen zu gewähren, um die Mietzinse erträglich zu halten. Die Schaffung eines Ausgleichsfonds wäre jedoch nur durch ein Bundesgesetz möglich. Die Forderung nach mehr Wohnungen, mehr Kindergärten, mehr Horten und mehr Krankenhäusern bezeichnet Stadtrat Resch als eine Lizitationspolitik und als nicht sehr verantwortungsvoll, solange man nicht gleichzeitig in der Lage ist, die Mittel hierfür bereitzustellen. Stadtrat Resch geht sodann auf die Ausführungen des GR. Zink ein. Zur Behauptung, daß die Ansätze immer pessimistisch erstellt wurden, ist zu sagen, daß jeder Finanzreferent sein Budget vorsichtig erstellt. Das gilt nicht nur für Wien, sondern auch für den Bund und die Länder und Gemeinden. Beim Bund wurden im Jahr 1954 Milliarden Rücklagen angehäuft. Zur Feststellung, daß die Gewerbesteuer eine unerträgliche Last bedeute und sich ungeheuer erhöht habe, ist zu sagen, daß dieses Anwachsen der Gewerbesteuererträge nicht durch eine Erhöhung des Steuersatzes, sondern durch ein Anwachsen der Gewerbeerträge eingetreten ist. Er sei jedoch gerne bereit, Unternehmungen mit einem Einkommen bis zu 72.000 Schilling in der Gewerbesteuerleistung noch mehr als bis jetzt zu begünstigen, wenn die sich daraus ergebenden Mindereinnahmen bei den Unternehmungen mit höheren Einnahmen hereingebracht würden. (Beifall bei der SPÖ.)



Er glaube jedoch vielmehr, daß die Wünsche der ÖVP dahingehen, die **Steuerträge** der Gemeinde zu schmälern und damit die Leistungen der Stadtverwaltung zu verringern. Der Bund gibt bei den von GR. Zink zitierten Zuschüssen der Gemeinde Wien nicht mehr als allen anderen Ländern und Gemeinden. Als 1948 der Finanzausgleich beschlossen wurde, war der Anteil des Bundes an den gemeinschaftlichen Steuern 49 Prozent, heute bekommt der Bund jedoch durch die ständige Verschlechterung des Finanzausgleiches zu ungunsten der Länder und Gemeinden 67 Prozent. Der Versuch, den Bund als Mäzen der Stadt hinzustellen, ist also fehl am Platze. Zur immer wiederkehrenden Forderung auf Anufnahme von Anleihen ist zu sagen, daß für einmalige große Aufgaben der Anleiheweg der richtige ist. Der normale soziale Wohnungsbau ist nicht eine einmalige Angelegenheit sondern eine dauernde Verpflichtung der Stadt Wien und verursacht dauernde Ausgaben. Das schließt jedoch nicht aus, daß für ein einmaliges zusätzliches Wohnbauprogramm Anleihen aufgenommen werden sollen. Es bestand in der Vergangenheit noch keine Notwendigkeit, Anleihen aufzunehmen. Außerdem hätten sich im Ausland kaum Geldgeber gefunden. Die in Wien möglichen Anleihen hätten jedoch nur mit Zinsen von 8 Prozent und mehr aufgenommen werden können. Das erschien jedoch untragbar.

Bezüglich der U-Bahn hat die Kommission V der Verkehrsenquete festgestellt, daß zum augenblicklichen Zeitpunkt eine U-Bahn noch nicht zwingend erforderlich ist. Vorbereitungen und Untersuchungen sollen jedoch gemacht werden. Die Rücklage der Gemeinde Wien betrug am 31. Dezember 1954 753 Millionen Schilling. Sie hat sich also nicht wesentlich erhöht und wird 1955 eher sinken. Stadtrat Resch bittet die Vertreter der Österreichischen Volkspartei auch den Finanzminister zu bewegen, seine Zahlen über die Rücklagen anzugeben. Für die Gemeinde Wien sei eine Rücklage in dieser Höhe durchaus gerechtfertigt.

Zur Frage des Geburtenrückganges richtet Stadtrat Resch an die Fraktion der ÖVP das dringende Ersuchen, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft mitzuteilen, daß viele Familien aus sozialen Gründen keine Kinder haben, und der Kammer begreiflich zu machen, daß man wegen einer zweiprozentigen Lohnerhöhung nicht die ganze Wirtschaft und die Währung eines Landes in Gefahr bringen darf.



Die Gemeinde Wien wird ihre Mithilfe zur Lösung dieses Problems hundertprozentig erfüllen.

Zum Vorwurf der zu geringen Ansätze für Kultur ist zu sagen, daß Wien jeden Vergleich mit den Kulturausgaben anderer Städte aushalten kann. Nie wurden Privattheater mit Millionenbeträgen unterstützt wie jetzt durch die Gemeinde Wien. Zur Forderung nach guter Zusammenarbeit der Koalitionsparteien verwies Stadtrat Resch auf das Verhalten der Österreichischen Volkspartei anlässlich der Tarifregulierungen und bezeichnete dieses als ausgesprochen koalitionswidrig. Zur Forderung des GR.Dr. Soswinski ist zu sagen, daß das Finanzverfassungsgesetz uns daran hindert, das Finanzgesetz aus der Zeit Stadtrat Breitners wieder in die Wirklichkeit umzusetzen.

Abschließend gibt Stadtrat Resch der Zuversicht Ausdruck, daß auch dieses Budget für 1956 mitwirken und mithelfen wird, daß für die Bevölkerung dieser Stadt Arbeit geschaffen wird und anständige Löhne bezahlt werden können. Er glaubt, daß das Budget beitragen wird und muß, das große Ziel, Wien zu einer Weltstadt zu machen, zu erreichen. Üble Nachrede und Kleinlichkeit können dieses Ziel verrücken, seine Fraktion jedoch nicht von diesem Ziel abbringen. Der gerade Weg der letzten zehn Jahre wird weiterhin gegangen werden, um in kürzester Frist das gesteckte Ziel zu erreichen. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des Kapitels II gegen die Stimmen der VO angenommen. Die Anträge des GR.Lauscher wurden dem Magistrat zur Behandlung zugewiesen, der Antrag des GR.Dr. Soswinski wurde abgelehnt.



Nur 6.000 Schreibtischbeamte bei der Gemeinde

Über die Gruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, referierte Stadtrat Dr. Migsch (SPÖ). 1955 war ein schweres Jahr. Die Personalverwaltung war durchwegs mit den Problemen beschäftigt, die sich aus den Gehaltsforderungen der öffentlich Angestellten ergeben haben. Die Bezüge der Beamten sind bekanntlich bei inflationistischen Prozessen als erste betroffen, während die Beamten umgekehrt die letzten sind, die ihre Bezüge nachziehen können. So war es immer und so ist es auch heute.

Da die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren zweifelsohne eine sichere Grundlage gewonnen hat, war es selbstverständlich, daß im abgelaufenen Jahr die öffentlich Angestellten die Nachziehung ihrer Gehälter begehrten. Dazu kamen noch zahlreiche Gruppenwünsche und Forderungen. In nüchternen Zahlen: Der Gemeinderatsausschuß I mußte sich mit 661 Vorlagen beschäftigen, die nicht individuelle Personalangelegenheiten betrafen. In der Personalkommission gab es 1.053 Vorlagen.

Den Umfang, die Schwierigkeiten und die Größe der Arbeit kann man schon aus den wichtigsten Neuregelungen erkennen. So wurde die Dienstanweisung für in Ausbildung stehende Ärzte novelliert, es wurden die Nebenbezüge neu geregelt, der Kollektivvertrag bei der Gewista neu gefaßt und in Anlehnung an den Bund die Gewährung besonderer Personalzulagen beschlossen. In letzter Zeit gab es die einmalige Sonderzahlung. Ferner wurden die Stundenlöhne für Saisonarbeiter erhöht, der Kollektivvertrag für landwirtschaftliche Betriebe erneuert und eine Gehaltsordnung für die Ärzte des Rettungsdienstes geschaffen. Hervorzuheben sind noch die Regelung der Entlohnung der nebenberuflichen Vertragsärzte, die Erhöhung der Bauzulagen und der Ergiebigkeitsprämien in der Hauptwerkstätte bei der Straßenbahn.

Aus all dem ergibt sich ein Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag 1955 von 211,8 Millionen Schilling. Die Gemeinde hat die Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten in diesem Jahr im Durchschnitt um 14,9 Prozent erhöht. Schon diese Zahl zeigt, daß die Gemeinde Wien bestrebt ist, ihre Arbeiter und Angestellten am Ertrag der Volkswirtschaft entsprechend zu beteiligen. Die Stadt Wien hat also ihr Ziel und ihren Willen, ein sozialer Dienstgeber zu sein, auch in diesem Jahr voll und ganz erfüllt. ./.



Daneben hat sich die Personalverwaltung auch um die fachliche Ausbildung der Angestellten und Bediensteten bemüht. Die Ausbildungskurse wurden von 766 Bediensteten besucht. 157 davon haben ihre Fachprüfung mit Auszeichnung absolviert. Die Verwaltungsakademie hielt 19 Kurse mit 834 Teilnehmern ab. Daneben wurden noch gemeinsam mit der Gewerkschaft Fortbildungskurse veranstaltet.

Die Gemeinde war auch bemüht, daß Streben nach höherer Leistung entsprechend zu belohnen. 316 Bedienstete wurden befördert, davon 255 als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen. Für die Verbesserung der Diensträume und Kanzleieinrichtungen wurden 16,9 Millionen Schilling ausgegeben.

Im Zusammenhang mit Fragen der Verwaltungsreform wies der Referent besonders darauf hin, daß von den 32.700 Angestellten des Magistrates nur knapp 6.000 echte Schreibtischbeamte sind. Wenn man von Verwaltungsreform spricht, dann meint man gewöhnlich die Einschränkung der Schreibtischarbeit. Hier hat die Gemeinde Wien ein seit vielen Jahren ausgezeichnet wirkendes System im Büroinspektorat und im Personaleinsatz. Überflüssiges Personal wird abgezogen und dorthin geleitet, wo es benötigt wird. Durch dieses System konnte auch tatsächlich, wie Stadtrat Resch bereits berichtete, eine Verminderung des Personals durchgeführt werden.

Interessant für die Öffentlichkeit dürfte es sein, daß auf dem Gebiet der Personalverwaltung auch der Sport bedeutend gefördert wird. Den Sportlern werden bei Wettkämpfen Urlaube gegen Karenz der Bezüge gewährt, bei internationalen Veranstaltungen erhalten sie Urlaub und die Bezüge. Es gibt bei der Gemeinde Wien 33 Bedienstete, die sich an internationalen repräsentativen Sportveranstaltungen beteiligen.

In der Öffentlichkeit wurde in den letzten Wochen viel über die schlechte Lage und die große Verschuldung der öffentlich Angestellten gesprochen. Der Referent betonte, er könne das Gegenteil feststellen. Während 1953 17.500 Ansuchen um Vorschüsse gestellt wurden, waren es 1955 bisher 13.500. Die Vorschußsumme betrug 1953 37 Millionen und in diesem Jahr bis Ende November 36 Millionen. Interessant sind die Beweggründe für ein Ansuchen um Vorschuß. 1953 waren es vor allem Kleider, Schuhe und Möbel, die als Grund angegeben wurden. Jetzt tritt die Beschaffung von Wohnungen immer stärker in den Vordergrund.



Stadtrat Dr. Migsch bedauerte, auch darauf hinweisen zu müssen, daß leider die Zahl der Disziplinaruntersuchungen steigt. Bis Ende November waren 324 Disziplinaranzeigen anhängig. Davon 39 Vorfälle auf Trunksucht im Dienst. Besonders bei bestimmten Abteilungen nimmt die Trunksucht zu und führt dazu, daß der Angestellte seine Stellung gefährdet.

Zusammenfassend stellt der Referent fest, daß es mit den 52.764 aktiven Bediensteten und den 32.868 Pensionsparteien zusammen also 85.632 Personen (Hoheitsverwaltung + Unternehmungen) sind, die von der Gemeinde Wien ihren Lebensunterhalt beziehen.

Abschließend dankte Stadtrat Dr. Migsch den Beamten des Personalamtes, die in fleißiger und gewissenhafter Arbeit mitgeholfen haben, die Probleme der Personalverwaltung zu lösen. Er dankte auch allen städtischen Bediensteten, die in den letzten Jahren das ihre dazu beigetragen haben, um die Aufgaben zu erfüllen, die sich die Gemeinde Wien gestellt hat. Wir können stolz sein, Bedienstete zu haben, die mit der Stadt Wien mit Herz und Verstand verbunden sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Als erster Debattenredner zum Kapitel Personal führte GR.Dr. Soswinski (VO) aus, daß noch niemals die Personalpolitik der Gemeinde Wien so stark im Brennpunkt des öffentlichen Interesses gewesen ist, wie jetzt und daß noch niemals die Gemeindebediensteten den Streik als Mittel zum Durchsetzen ihrer Forderungen anwenden mußten. Die Gemeindebediensteten verlangen nicht mehr, sagte er, als bereits die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wohlgedacht empfohlen hat. Bereits vor zehn Jahren wurde das Einheitsschema und vor zwei Jahren der 14. Monatsgehalt gefordert. Niemand geringerer als Bundesminister Maisel hat dieser Tage im Zentralorgan der Sozialistischen Partei festgestellt, daß diese Forderungen durch das Anwachsen der Teuerung berechtigt sind. Der Redner erklärte im Verlauf seiner weiteren Ausführungen, die Gemeinde Wien zwingt die Gewerkschaftsfunktionäre, die Forderungen der Bediensteten sehr lax zu vertreten, ja geradezu zu verraten. Kein Wunder daher, und die Mehrheit im Gemeinderat müsse es zugeben, daß der Glaube an die Gewerkschaftsleitung erschüttert ist.



Der Redner erinnerte an die Streikbewegung der Grazer Straßenbahner im Jahre 1928, verlas die damaligen zustimmenden Kommentare der sozialdemokratischen Presse und verglich sie mit den Berichten der sozialistischen Zeitungen von heute.

Daß die Eisenbahner nicht zu den Spitzenverdienern gehören, sagte er weiter, ist bekannt, trotzdem ist aber ihre Ausgangsbasis im Gehalt viel günstiger als die der Straßenbahner. Er verglich die Anfanggehälter der Bundesbahnbediensteten nach verschiedenen Dienstjahren mit denen der Wiener Straßenbahner und stellte fest, daß trotz dem technischen Fortschritt der letzten 25 Jahre und der Produktivitätssteigerung die Lage der Gemeindebediensteten nicht so weit wäre wie vor 1934. Er stellt daher einen Resolutionsantrag auf Einführung des 14. Monatsgehältes und die sofortige Auszahlung eines halben 14. Monatsgehältes für das Jahr 1955. Ein weiterer von ihm vorgebrachter Resolutionsantrag betrifft die Zuerkennung jener Rechte der Gemeindebediensteten, die ihnen bis 1934 zugestanden sind.

Er beschäftigte sich auch mit der Tätigkeit der Frauen bei den Wiener Verkehrsbetrieben und meint, man benütze sie dort als Lohndrücker. Er polemisiert gegen die vom Finanzminister beabsichtigte Gehaltsregelung und führte aus, daß sie für manche Bedienstetengruppen eine Verschlechterung mit sich bringe. Abschließen brachte er einen Resolutionsantrag ein, in dem die Sicherung der rechtlichen Stellung der städtischen Kindergärtnerinnen verlangt wird. Seine Fraktion wird gegen die Ansätze der Geschäftsgruppe I stimmen.

Um etwa 19 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen. Die Debatte über das Kapitel Personal wird morgen um 9 Uhr früh fortgesetzt.



Eine Viertel-Monatsrente für die Dauerbefürsorgten der  
=====

Gemeinde Wien  
=====

15. Dezember (RK) Die Gemeinde Wien wird als einmalige Zuwendung für ihre Dauerbefürsorgten ein Viertel einer Monatsrente auszahlen. Die Vorbereitungen für diese Aktion, die einen sehr großen Arbeitsaufwand erfordert, sind im Wohlfahrtsamt bereits im Gange. So wie bei der vom Bund beabsichtigten Regelung werden die städtischen Dauerbefürsorgten eine Viertel-Monatsrente, jedoch mindestens 100 Schilling erhalten. Ebenfalls wird, so wie für die Sozialrentner, diese Zuwendung nach oben mit 300 Schilling für die Gemeindebefürsorgten begrenzt.

- - -

Schweinenachmarkt vom 15. Dezember  
=====

15. Dezember (RK) Kein Auftrieb. Auslandsschlachthof Wien: 250 Schweine aus Rumänien zu 11.50 S und 307 Schweine aus Ungarn zu 13.50 S.

- - -

Rindernachmarkt vom 15. Dezember  
=====

15. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 1 Ochse, 6 Kühe, Summe 7. Neuzufuhren Inland: 4 Ochsen, 1 Stier, 201 Kühe, 7 Kalbinnen, Summe 213. Gesamtauftrieb: 5 Ochsen, 1 Stier, 207 Kühe, 7 Kalbinnen, Summe 220. Verkauft wurden: 5 Ochsen, 1 Stier, 203 Kühe, 7 Kalbinnen, Summe 216. Unverkauft blieben 4 Kühe,

Der Marktverkehr war ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -